

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 15. Juni 1983

am Donnerstag, dem 16. Juni 1983

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Apel (SPD)	79, 80	Dr. Hackel (CDU/CSU)	93, 94
Austermann (CDU/CSU)	2, 38	Hecker (DIE GRÜNEN)	87, 108
Becker (Nienberge) (SPD)	32, 33	Heistermann (SPD)	83
Berger (CDU/CSU)	56, 57	Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN)	9, 10
Broll (CDU/CSU)	103, 104	Dr. Hupka (CDU/CSU)	121
Brück (SPD)	42	Ibrügger (SPD)	101, 102
Buckpesch (SPD)	98	Immer (Altenkirchen) (SPD)	48, 49
Catenhusen (SPD)	62, 63	Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	120
Collet (SPD)	53, 54	Jaunich (SPD)	72, 73
Curdt (SPD)	99, 100	Jung (Lörrach) (CDU/CSU)	23, 24
Dr. Czaja (CDU/CSU)	124, 125	Jungmann (SPD)	3, 4
Frau Dr. Czempiel (SPD)	64, 65	Kirschner (SPD)	50, 51
Daubertshäuser (SPD)	95, 96	Klein (Dieburg) (SPD)	58, 59
Daweke (CDU/CSU)	112	Dr. Klejdzinski (SPD)	106, 107
Delorme (SPD)	88	Kohn (FDP)	116, 117
Egert (SPD)	77, 78	Kolbow (SPD)	5, 6
Eigen (CDU/CSU)	46, 47	Krey (CDU/CSU)	22
Fiebig (SPD)	75, 76	Kuhlwein (SPD)	16, 17
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	55	Dr. Lammert (CDU/CSU)	105
Gattermann (FDP)	30, 31	Dr. Laufs (CDU/CSU)	122, 123
Gerstl (Passau) (SPD)	40, 91	Lutz (SPD)	28, 29
Gilges (SPD)	66, 74	Frau Luuk (SPD)	67
Dr. Göhner (CDU/CSU)	1, 115	Menzel (SPD)	7, 8
Grobecker (SPD)	81, 82	Milz (CDU/CSU)	11, 12

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Müller (Düsseldorf) (SPD)	118, 119	Schmitt (Wiesbaden) (SPD)	34, 35
Müller (Schweinfurt) (SPD)	13, 109	Sielaff (SPD)	70, 71
Müller (Wesseling) (CDU/CSU)	36, 37	Sieler (SPD)	39, 90
Nelle (CDU/CSU)	85, 86	Frau Steinhauer (SPD)	18, 52
Neuhausen (FDP)	113, 114	Stiegler (SPD)	41, 92
Offergeld (SPD)	14, 15	Stockleben (SPD)	110, 111
Pauli (SPD)	19, 97	Stutzer (CDU/CSU)	45, 84
Pfuhl (SPD)	44	Tillmann (CDU/CSU)	126, 127
Schartz (Trier) (CDU/CSU)	26, 43	Wartenberg (Berlin) (SPD)	25
Schmidbauer (CDU/CSU)	20, 21	Frau Weyel (SPD)	27, 89
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	68, 69	Zander (SPD)	60, 61

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	13
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	17
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	19

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

1. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den großen bürokratischen Aufwand für die Förderung von Reisen nach Berlin durch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen zu vermindern und den umfangreichen Leitfaden vom 1. März 1982 des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen sowie die umfangreichen Förderungsrichtlinien zu vereinfachen, zu straffen und zu kürzen?
2. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) In welchem Umfang fließen Leistungen des Bundes und von privaten Unternehmen im Jahr 1983 voraussichtlich in die DDR?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

3. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Trifft es zu, daß der Bundesminister des Innern konkrete Planungen zum Aufbau personeller und materieller Kapazitäten des BGS/See mit der Zielsetzung der Luft- und Seeüberwachung zur Kontrolle von Ölverschmutzung im Bereich See/Küste vorwiegend auf den Schifffahrtswegen in der Nordsee betreibt, und wenn ja, hat er bereits Konzepte entwickelt und Lösungsvorschläge bei der Industrie eingeholt?
4. Abgeordneter
Jungmann
(SPD) Beruhen Pressemeldungen (z. B. Münchner Merkur vom 6. April 1983) über Materialkosten und materielle Betriebskosten auf Schätzungen des Bundesministers des Innern oder stehen konkrete Angebote dahinter?
5. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Wie stellt sich der Bundesinnenminister die Erweiterung seines Personalbestands, vor allem in den Jahren ab 1986, vor?
6. Abgeordneter
Kolbow
(SPD) Denkt die Bundesregierung daran, diese Angelegenheit so bald wie möglich zum Gegenstand einer ressortübergreifenden Prüfung zu machen?
7. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Liegen der Bundesregierung gesicherte Kenntnisse darüber vor, welche Ursachen das Waldsterben hat?
8. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Sind der Bundesregierung Untersuchungen bekannt, in denen festgestellt worden ist, daß in Gebieten mit hoher Radarbelastung eine Häufung von Waldschäden auftritt und daß sich bei einer Konzentration von Mikrowellen das Schwefeldioxidvorkommen in der Luft erhöhe (einheit-report Nr. 9, 1983)?
9. Abgeordnete
Frau Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Was unternimmt die Bundesregierung, um die Einführung des Kondensations-, Oxydations-, Sorptionsverfahrens (KOS-Verfahren), das von Faatz, in Salzgitter, entwickelt wurde und das bei Hansano, Hildesheim, in einer Pilotanlage bereits angewendet wird — ein Verfahren, das die Rauchgasentschwefelung ökonomischer und effektiver er-

- laubt als es bei Filteranlagen vorhandener Art möglich ist — zu propagieren, insbesondere auch angesichts der Tatsache, daß dieses Verfahren auch für Salzkohle, wie zum Beispiel in Buschhaus bei Helmstedt, verwendbar ist?
10. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN)** Hat die Bundesregierung das Gutachten zum KOS-Verfahren, das die niedersächsische Landesregierung Mitte 1982 vorstellte, bereits zugezogen?
11. Abgeordneter
**Milz
(CDU/CSU)** In welchem Umfang und in welchem Zeitraum werden durch die vom Bundeskabinett am 23. April 1983 verabschiedete Großfeuerungsanlagen-Verordnung Verbesserungen der Immissionssituation bewirkt?
12. Abgeordneter
**Milz
(CDU/CSU)** Hält die Bundesregierung die durch die Großfeuerungsanlagen-Verordnung zu erwartenden Verbesserungen für ausreichend, und welche Verbesserungsvorschläge für die Beratungen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung hat sie im Bundesrat gegebenenfalls eingebracht?
13. Abgeordneter
**Müller
(Schweinfurt)
(SPD)** Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, die Umweltgefährdung durch mehrere Tonnen Quecksilber pro Jahr aus Batterien, die von den Verbrauchern aus Unkenntnis weggeworfen werden, durch bessere Verbraucheraufklärung und mehr Recycling-Angebote, einzudämmen?
14. Abgeordneter
**Offergeld
(SPD)** Welche Gefährdungen für Mensch und Natur auf deutschem Gebiet wären bei der Verbrennung im Raum Basel der kürzlich von Frankreich in die Schweiz verbrachten Dioxinrückstände denkbar?
15. Abgeordneter
**Offergeld
(SPD)** Wie wird die Bundesregierung prüfen bzw. sicherstellen, daß im Fall der Verbrennung der Dioxinrückstände im grenznahen Gebiet der Schweiz keine Gefährdungen für das deutsche Nachbargebiet entstehen?
16. Abgeordneter
**Kuhlwein
(SPD)** Wie hoch sind die für Behörden des Bundes durch die Suche nach den Giftfässern von Seveso entstandenen Kosten?
17. Abgeordneter
**Kuhlwein
(SPD)** Ist die Bundesregierung bereit, Kosten, die ihr und ihren Behörden durch die Suche nach den Giftfässern entstanden sind, den Verursachern dieser Kosten in Rechnung zu stellen?
18. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer
(SPD)** Welche Fortschritte konnten für den Behindertenleistungssport seit 1980 (z. B. gleichberechtigte Förderung durch die Stiftung Deutsche Sporthilfe und verstärkte Beteiligung an den Lotteriemitteln für den Sport) erreicht werden, und in welcher Weise will die Bundesregierung die finanzielle und sportliche Vorbereitung und Teilnahme von Behindertensportlern aus der Bundesrepublik Deutschland an den Olympischen Winter- und Sommer-spielen der Behinderten 1984 in Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika unterstützen?

19. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wie viele Personen sind in den Listen über Ehrungen und Ordensverleihungen vor 1945 an ehemalige Kriegsteilnehmer erfaßt, die bei einer Außenstelle des Bundesarchivs lagern, und welchen Informationswert mißt die Bundesregierung diesen Listen bei?
20. Abgeordneter
Schmidbauer
(CDU/CSU) Was ist der Bundesregierung über rechtsextremistische Aktivitäten des Generalmajors a. D. der Wehrmacht Otto-Ernst-Remer bekannt?
21. Abgeordneter
Schmidbauer
(CDU/CSU) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Verhältnis der sogenannten Skinheads, die in Großstädten in Fliegerjacken, Jeans und mit Knobelbechern sowie mit kahlgeschorenen Köpfen auftreten, zu neonazistischen Gruppen, und wie bewertet sie dies?
22. Abgeordneter
Krey
(CDU/CSU) Welche Ziele werden mit dem von den orthodox-kommunistischen, d. h. Moskau-orientierten, Organisationen „Sozialistische, Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) und „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB) an den Pfingstfeiertagen veranstalteten sogenannten Festival der Jugend verfolgt, und wie beurteilt die Bundesregierung die Teilnahme von Nichtextremisten an dieser Veranstaltung?
23. Abgeordneter
Jung
(Lörrach)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Vertreter der deutschen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, berechnete Klagen führen über zunehmende bürokratische und zeitaufwendige Belastungen durch Erklärungspflichten für statistische Zwecke, die als kostenlose Dienstleistung für den Staat erbracht werden müssen?
24. Abgeordneter
Jung
(Lörrach)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, ein Gesetz zur Statistikbereinigung vorzulegen, welches neben dem Effekt der Verwaltungsvereinfachung das vorrangige Ziel hat, die Unternehmen von dieser Büroarbeit für den Staat zu entlasten?
25. Abgeordneter
Wartenberg
(Berlin)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die städtebauliche und architektonische Konzeption der Baumaßnahmen für die Museen des preußischen Kulturbesitzes in Fachkreisen von Anfang an umstritten war und daß nun die öffentliche Kritik an den Museumsprojekten nach Rohbaufertigstellung des neuen Kunstgewerbemuseums sehr zunimmt, und ist die Bundesregierung bereit, um einer möglichen Blamage entgegenzuwirken, die Stiftung, die Bundesbaudirektion und den Architekten aufzufordern, die städtebauliche Konzeption und architektonische Gestaltung noch einmal zu überarbeiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

26. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, zur Belebung des Absatzes für deutschen Wein zumindest vorübergehend die Sektsteuer ganz oder teilweise zu erlassen, wenn nachgewiesen wird, daß der von der Steuerbefreiung begünstigte Sekt ausschließlich aus deutschem Wein hergestellt ist?

27. Abgeordnete
Frau
Weyel
(SPD) Welche steuerlichen Entlastungsmaßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die überaus schwierige Einkommensteuersituation der Weinbaubetriebe, in erster Linie verursacht durch den stagnierenden Weinabsatz, zu verbessern?
28. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Ermuntert nach Ansicht der Bundesregierung das Berlinförderungsgesetz Firmen der Bundesrepublik Deutschland zu einer Produktions- und Standortverlagerung nach Berlin (West), in deren Verlauf Arbeitsplätze an Standorten in der Bundesrepublik Deutschland vernichtet werden, ohne daß für sie in Berlin (West) annähernd gleich viele neue geschaffen werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
29. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag zur Behebung einer solchen Praxis einen Gesetzentwurf zur Änderung des Berlinförderungsgesetzes vorzulegen, und wenn nein, auf welche Weise will sie künftig einer solchen aus Steuergeldern finanzierten Arbeitsplatzvernichtung entgegenwirken?
30. Abgeordneter
Gattermann
(FDP) Mit welcher Begründung fordern einige Länderfinanzverwaltungen, wie z. B. Nordrhein-Westfalen, als Voraussetzung für die Anerkennung der Mehrwertsteuroption bei Vermietungsumsätzen bei den Vermietungsgesellschaften die Erfüllung bestimmter Kriterien wie z. B. Mindestgewinnmargen und Mindestkapitalausstattung, und trifft es zu, daß diese Praxis nunmehr verschärfend vereinheitlicht werden soll?
31. Abgeordneter
Gattermann
(FDP) Für wie sinnvoll hält gegebenenfalls die Bundesregierung die verschärfende Vereinheitlichung zum jetzigen Zeitpunkt in Anbetracht der Tatsache, daß die seit 15 Jahren bestehende Mehrwertsteuroption bei Vermietungsumsätzen ohnehin zum 31. Dezember 1984 ausläuft, und ist die Bundesregierung aus baukonjunkturellen und Rechtssicherheitsgründen bereit sicherzustellen, daß die Option nicht durch die Vereinheitlichung faktisch schon früher als vorgesehen abgeschafft wird?
32. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, warum an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zu den Nachbarstaaten der übrigen Mitgliedstaaten der EG, also an den Binnengrenzen, noch Schilder — Douane-Zoll — stehen, wo doch seit mehr als zehn Jahren zwischen den auf dem Festland liegenden Mitgliedstaaten keine Zölle mehr erhoben werden?
33. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die falschen und europarechtlich rechtswidrigen Schilder durch entsprechende Schilder zu ersetzen, wie sie zwischen den Ländern Belgien und Luxemburg bestehen, die entweder auf eine Landesgrenze hinweisen oder darauf, daß dort Steuern erhoben werden?

34. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Trifft es zu, daß nach amerikanischen Plänen die Militäranlage in Wiesbaden-Erbenheim wieder als Flugplatz genutzt werden soll und die Absicht besteht, dort einen großen Hubschrauberverband mit 135 Helikoptern und 26 Starrflüglern zu stationieren?
35. Abgeordneter
Schmitt
(Wiesbaden)
(SPD) Hält die Bundesregierung die aus dieser Stationierung entstehenden Belastungen der Bevölkerung des dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiets für zumutbar, und hat die Bundesregierung inzwischen überprüft, welche Auswirkungen sich aus dieser Hubschrauber-Stationierung für den zivilen Luftverkehr im Rhein-Main-Gebiet ergeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

36. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß das Preisniveau für Arzneimittel in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ hoch ist?
37. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Einführung von mehr Wettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt für möglich, und sieht sie hierin eine Chance, das Preisniveau für Arzneimittel in der Bundesrepublik Deutschland zu senken?
38. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Wie beziffert die Bundesregierung die besonderen Vorteile der DDR aus dem innerdeutschen Handel, insbesondere durch Gewährung von Wettbewerbsvorteilen in der EG und Zinsersparnisse beim Swing?
39. Abgeordneter
Sieler
(SPD) Was hat die Bundesregierung bisher getan und was wird sie in den nächsten Monaten unternehmen, um den Stahlstandort „mittlere Oberpfalz“ zu erhalten?
40. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die erweiterte Kohlefrachthilfe, insbesondere mit Rücksicht auf kommende Strompreiserhöhungen (Waldfennig etc.), auch in Zukunft aufrechtzuerhalten, und welchen Weg will sie dabei gehen?
41. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Bis wann wird die Frachthilfevereinbarung zwischen Bund und Ländern unterzeichnet, und welche Mittel wird die Bundesregierung dem Bundestag zur Frachthilfefinanzierung im Haushaltsjahr 1984 und in der mittelfristigen Finanzplanung vorschlagen?
42. Abgeordneter
Brück
(SPD) Wird die Bundesregierung noch in diesem Jahr eine Entscheidung über den Standort einer Demonstrationsanlage zur Kohleverflüssigung treffen, wie dies vom saarländischen Ministerpräsidenten behauptet wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

43. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß zur Zeit die deutschen Weinhandlungen ihren Einkauf von Faßweinen bei den deutschen Winzern fast ganz eingestellt haben und daß ein starker Preisrückgang bei deutschem Wein auf der Erzeugerstufe festzustellen ist?
44. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß gemäß einer Ernid-Umfrage die Mehrheit der Deutschen bereit ist, zum Schutz von freilebenden Tieren beim Waldspaziergang Sperrbezirke in Kauf zu nehmen, und ist die Bundesregierung bereit, daraus Konsequenzen zu ziehen und im Interesse der freilebenden Wildtiere eine Novellierung des Bundeswaldgesetzes zwecks Einrichtung von Sperrbezirken anzustreben?
45. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie hoch sind die Bundesmittel, die in den letzten drei Jahren für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Tierversuchen (einschließlich Bauten und Gehälter) zur Verfügung gestellt wurden, und in welcher Größenordnung hat sich der Bund in dem gleichen Zeitraum an der Entwicklung alternativer Forschungs- und Testmethoden beteiligt?
46. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Wie hoch sind die Importe an Obst- und Gemüsekonserven im Jahr 1982 und im ersten Quartal 1983 in die Bundesrepublik Deutschland, und wie hoch ist danach der Anteil am Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland bei Gemüsekonserven aus deutscher Produktion?
47. Abgeordneter
Eigen
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung diesen Anteil der deutschen Erzeuger am Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland für ausreichend, und was gedenkt sie zu tun, um einen Mindestanteil zu gewährleisten?
48. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, Maßnahmen zu treffen bzw. Regelungen mit den Bundesländern zu vereinbaren, die geeignet sind, den Nährstoffeintrag in Oberflächengewässer sowie die Nährstoffanreicherungen im Grundwasser, soweit sie auf Düngung bzw. Überdüngung bei der pflanzlichen Produktion zurückzuführen sind, erheblich zu verringern?
49. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung Behauptungen, nach denen die Anwendung von Handelsdüngern allein oder überwiegend zur Verunreinigung von Sickerwässern oder vom Grundwasser beiträgt, im Gegensatz zu nährstoffanreichernden Pflanzen, Stallung bzw. Gülle?
50. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie haben sich die sechs größten Produktionssektoren innerhalb der europäischen Landwirtschaft im Jahr 1983 gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahrs entwickelt?
51. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wie hoch belaufen sich die Kosten im Jahr 1982 für den Abbau der EG-Agrarüberschüsse?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

52. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Welche Erfahrungen sind mit der seit 1981 geltenden Neuregelung der „Durchführung der Versehrtenleibesübungen/Behindertensport nach dem Bundesversorgungsgesetz“ gemacht worden, und wie hat sich insbesondere das pauschalierte Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren für die Versehrtengemeinschaften und Behindertensportvereine über die Versorgungsämter bewährt?
53. Abgeordneter
Collet
(SPD) Wieviel Überstunden wurden in den Jahren 1981 und 1982 geleistet, und zwar einerseits in der privaten Wirtschaft und andererseits im öffentlichen Dienst?
54. Abgeordneter
Collet
(SPD) Wie viele abhängig Beschäftigte gab es in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1972, am 30. Juni 1976 und im Jahr 1982?
55. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß ausländische Familien oft nur einen Familienangehörigen oder Bediensteten bei einer Ersatzkasse versichern, jedoch sich allesamt auf dessen Krankenscheine behandeln lassen, wodurch Beitragseinnahmen von mehreren Millionen DM jährlich den Krankenkassen vorenthalten werden, und welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

56. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß von einem Mitarbeiter des Wehrgeschichtlichen Forschungsamts der Bundeswehr in Freiburg eine wissenschaftliche Arbeit über die Wlassow-Armee erstellt worden ist, die auf einen dienstlichen Auftrag aus dem Jahr 1967 zurückgeht, der allerdings 1973 storniert worden war?
57. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU) Gibt es aus der Sicht der Bundesregierung Gründe dafür, diese Arbeit, die dann in privater Initiative fertiggestellt worden ist und die für die Darstellung der ganzen Geschichte des zweiten Weltkriegs von großer Bedeutung wäre, nicht dem ursprünglichen dienstlichen Auftrag entsprechend seitens des Forschungsamts zu veröffentlichen?
58. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) Treffen Zeitungsberichte zu (s. Frankfurter Rundschau vom 4. Juli 1983, Lokalteil S. II), nach denen die amerikanischen Stationierungstreitkräfte beabsichtigen, in der Zeitspanne von 1982 bis 1989 in den Bereichen Darmstadt, Münster und Babenhausen 458 Millionen DM für den Neubau von militärischen Anlagen, hauptsächlich in Babenhausen, auszugeben?

59. Abgeordneter
Klein
(Dieburg)
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bevölkerung konkret und detailliert über die Baumaßnahmen und die dort zu stationierenden neuen Waffen (die Rede ist von Patriot-Raketen und dem MLRS-System) zu informieren?
60. Abgeordneter
Zander
(SPD) Welche Dienststellen des Bundes sind vor der Schauflugveranstaltung am Pfingstsonntag 1983 auf dem Frankfurter Flughafen informiert bzw. konsultiert worden?
61. Abgeordneter
Zander
(SPD) Welche Gebiete der Bundesrepublik Deutschland können nach Ansicht der Bundesregierung als dichtbesiedelt bezeichnet werden, wenn das Gebiet um Frankfurt, über dem die Schauflugveranstaltung vom 22. Mai 1983 abgehalten wurde, nach Auskunft der Bundesregierung (siehe Antwort auf meine Frage vom 25. Mai 1983) nicht dazu zählt?
62. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Trifft es zu, daß die Kreiswehrrersatzämter angewiesen sind, Anträge von Jugendlichen, vertreten durch ihre gesetzlichen Vertreter, auf Kriegsdienstverweigerung, die bis zum 30. Juni 1983 gestellt werden, als „Nichtanträge“, d. h. als nicht gestellte Anträge, zu behandeln, und kommt dies gegebenenfalls nicht einer Rechtsverweigerung gleich?
63. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD) Trifft es zu, daß Anweisungen bestehen, für Anträge auf Kriegsdienstverweigerung, die von Jugendlichen bis zum 30. Juni 1983 gestellt werden, keine Eingangsbestätigung zu erteilen?
64. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempiel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß für Mitglieder von Kriegsdienstverweigerungs-Ausschüssen und -Kammern Fragenkataloge in Umlauf sind, die geeignet sind, an der Unbefangenheit der Mitglieder zu zweifeln, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Kataloge?
65. Abgeordnete
Frau
Dr. Czempiel
(SPD) Welche Funktion hat die sogenannte Prominentensperre in Zusammenhang mit der Einberufung von Wehrpflichtigen, und ist ausgeschlossen, daß darunter fallende Wehrpflichtige nicht oder verspätet zur Bundeswehr eingezogen werden?
66. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Trifft es zu, daß die im Kriegsdienstverweigerungs-Neuregelungsgesetz vorgesehenen neuen Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerung frühestens Mitte 1984 ihre Arbeit aufnehmen können, da die Verordnung über die Benennung der Beisitzer bei den Ausschüssen für Kriegsdienstverweigerung erst nach Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1984 erlassen werden kann und das Auswahlverfahren geraume Zeit in Anspruch nehmen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

67. Abgeordnete
Frau
Luuk
(SPD) Teilt die Bundesregierung die wiederholt in der Öffentlichkeit geäußerte Kritik an der Dreimonats-spritze, wonach es sich bei den im Handel erhältlichen Präparaten um „Verhütungsmittel zweiter Wahl“ mit „schwerwiegenden Nebenwirkungen“

- handele, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit dieses Verhütungsmittel weder Frauen in der Bundesrepublik Deutschland noch Frauen in der dritten Welt zugemutet wird?
68. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in der neugestalteten Zeitschrift „Der Zivildienst“ (Herausgeber: Bundesamt für Zivildienst) die DDR mehrfach in Anführungszeichen gesetzt bzw. verschwiegen wird, daß die SPD gegen das neue Kriegsdienstverweigerungsrecht gestimmt hat und das Land Bremen dagegen klagt?
69. Abgeordnete
Frau
Schmidt
(Nürnberg)
(SPD) Wird diese Art der Berichterstattung als parteipolitisch neutral angesehen, und wird die Bundesregierung versuchen, Einfluß zu nehmen, um eine korrekte Berichterstattung zu gewährleisten?
70. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Stimmt die Bundesregierung der Auffassung des Europäischen Parlaments in seiner Entschließung zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen (Drucksache 9/2421) zu, daß kein Gericht oder Ausschuß in der Lage ist, das Gewissen des Einzelnen zu überprüfen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
71. Abgeordneter
Sielaff
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß, wenn die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen in Nummer 5 davon spricht, daß der zivile Ersatzdienst nicht länger dauern soll als der normale Wehrdienst einschließlich danach erfolgten Übungen, es sich dabei nicht um den gesetzlich möglichen Zeitrahmen solcher späteren Übungen handelt, sondern um die tatsächliche durchschnittliche Inanspruchnahme, und wird sie die Entschließung in diesem Sinn beachten?
72. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, wieviel neue geeignete Zivildienstplätze seit Verabschiedung des Kriegsdienstverweigerungs-Neuregelungsgesetzes von sozialen und kirchlichen Trägern beantragt worden sind?
73. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Wie sieht die Einsatzplanung für Zivildienstleistende in den vom Bundesrat in seiner Entschließung vom 4. Februar 1983 geforderten neuen Bereichen aus?
74. Abgeordneter
Gilges
(SPD) Wie viele Beamte und in welchem Dienstgrad werden mit der Bearbeitung der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung nach dem ab 1. Januar 1984 geltenden Recht vom Bundesamt für den Zivildienst beauftragt werden?
75. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Wieviel Disziplinarverfahren sind mit welchem Ausgang vom Bundesamt für den Zivildienst gegen Zivildienstleistende in Gang gesetzt worden, die am 27. Januar 1983 gegen die Verabschiedung des neuen Kriegsdienstverweigerungs-Neuregelungsgesetzes ihren Protest durch Streik u. ä. kundgetan haben?

76. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Welche Strafen und gegebenenfalls in welcher Höhe sind in Zusammenhang mit der Streikaktion der Zivildienstleistenden am 27. Januar 1983 verhängt worden?
77. Abgeordneter
Egert
(SPD) Hält die Bundesregierung es für angemessen, daß zahlreiche Beamte und Richter mit der Verfolgung dieser einmaligen und friedlich verlaufenden Demonstration über Wochen hinweg – und dies auf Kosten der Steuerzahler – beschäftigt werden?
78. Abgeordneter
Egert
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Betroffenen aus ihrer Sicht unter Berücksichtigung der Belange der von ihnen betreuten Personen gewaltfrei das Grundrecht der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit in Anspruch genommen haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

79. Abgeordneter
Dr. Apel
(SPD) Hat die Bundesregierung vor ihrer Zustimmung zur Erhöhung der zoll- und steuerfreien Dieselmengen von 50 Liter auf 200 Liter bei der Einfahrt von Lastkraftwagen in die Bundesrepublik Deutschland von unseren EG-Partnern verbindliche Zusicherungen erhalten, die zu einer Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen der europäischen Seehäfen an der Nordsee führen?
80. Abgeordneter
Dr. Apel
(SPD) Wie will die Bundesregierung verhindern, daß durch ihren einseitigen Schritt etwa 2500 Arbeitsplätze allein in der Hamburger und Bremer Hafenwirtschaft dadurch gefährdet werden, daß sich durch die Erhöhung der Tankfreimengen eine Verbilligung von mindestens 6 DM pro Tonne bei vergleichbaren Transporten zugunsten der Rhein-Mündungshäfen ergibt?
81. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) War der Bundesregierung vor dem Beschluß des EG-Ministerrats die Freimengen für Dieselmotoren im grenzüberschreitenden Verkehr von 50 Liter auf 200 Liter zu erhöhen, bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn durch diese Maßnahme einen Verlust von mehr als 40 Millionen DM auf den Strecken von und zu den deutschen Seehäfen erleiden wird?
82. Abgeordneter
Grobecker
(SPD) Kann die Bundesregierung die Höhe des Verlustes an Tonnage für die Seehäfen Hamburg und Bremen angeben, der durch den Beschluß des EG-Ministerrats entstehen wird?
83. Abgeordneter
Heistermann
(SPD) Trifft es zu, daß zwischen dem Bundesverkehrsministerium und dem Bundesverteidigungsministerium seit Mitte 1981 Verhandlungen über eine Beteiligung der Bundesmarine an der Luftüberwachung zur Kontrolle von Ölverschmutzungen im Bereich See/Küste vorwiegend auf den Schifffahrtswegen in der Nordsee geführt werden, und wenn ja, welches Ergebnis haben die Verhandlungen bisher gehabt?

84. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Inwieweit erfolgt durch die beabsichtigte Auflösung der Dienststellen der Deutschen Bundesbahn, Bahnhof Eckernförde, Bahnhof Rendsburg, Bahnhof St. Michaelisdonn, Bahnmeisterei Flensburg, „vor Ort“ eine Minderung des Leistungsangebots, und welche personalwirtschaftlichen Auswirkungen hat diese geplante Organisationsänderung?
85. Abgeordneter
Nelle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Verkehrerschließung und Verkehrsbedienung des niedersächsischen Zonenrandgebiets weiter zu verbessern?
86. Abgeordneter
Nelle
(CDU/CSU) Welche Planungen für eine verbesserte Verkehrerschließung im Zonenrandgebiet sind vorgesehen bzw. schon abgeschlossen, und welche Haltung nimmt die Bundesregierung gegenüber Vorstellungen der Deutschen Bundesbahn ein, den Schienenverkehr im Zonenrandgebiet zu verdünnen bzw. Strecken stillzulegen?
87. Abgeordneter
Hecker
(DIE GRÜNEN) Welche Umweltverträglichkeitsprüfungen wurden für den Planabschnitt der B 455/A 661 Oberursel – Hohemark – Kronberg (Umgehung Oberursel – sogenannter Feldbergzubringer) vorgenommen, und sind diese Umweltverträglichkeitsprüfungen mit den heute vorgeschriebenen bzw. üblichen Prüfungen identisch?
88. Abgeordneter
Delorme
(SPD) Ist der Pressebericht in der „Mainzer Allgemeinen Zeitung“ vom 4./5. Juni 1983 zutreffend, daß es bei der Deutschen Bundesbahn Pläne gibt, nach denen der Bestand der Zentralen Transportleitung gefährdet ist, weil die Zentrale Transportleitung und die Zentrale Verkaufsleitung zu einer „Zentrale DB“ zusammengefaßt werden, wobei diese Stelle unter Umständen von Mainz an einen anderen Standort verlegt werden soll?
89. Abgeordnete
Frau Weyl
(SPD) Entspricht es den verkehrspolitischen Absichten der Bundesregierung, daß bei Einstellung des Personenverkehrs auf der Schiene in verkehrsschwachen Zeiten und Ersatz durch Busverkehr der Endabschnitt der Strecke nicht mehr bedient wird, wenn dadurch ein Mittelzentrum mit teilweiser Oberzentrumsfunktion zu bestimmten Zeiten vom öffentlichen Personenverkehr völlig abgeschnitten wird?
90. Abgeordneter
Sieler
(SPD) Wie stellt sich die Bundesregierung die Finanzierung des Weiterbaus des Rhein-Main-Donau-Kanals vor, und welche Schritte wird sie gegenüber dem Haushaltsausschuß schon jetzt und im Rahmen des Haushaltsplans 1984 und im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung einleiten?
91. Abgeordneter
Gerstl
(Passau)
(SPD) Welche Schwerpunkte im Bundesfernstraßenbau wird die Bundesregierung im Haushaltsjahr 1984 und im Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung für den Bereich Niederbayern setzen, und welche Mittel sind hierfür eingeplant?

92. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Welche Mittel sieht die Bundesregierung für den Bundesfernstraßenbau in der Oberpfalz im Haushaltsjahr 1984 und in der mittelfristigen Finanzplanung vor?
93. Abgeordneter
Dr. Hackel
(CDU/CSU) Gibt es Anzeichen für den Verdacht, daß der Vorstand der Deutschen Bundesbahn den Konkurs des Berliner Reiseveranstalters Flug-Union Berlin bewußt in Kauf genommen hat, indem Übernahmeverhandlungen mit privaten Interessenten verhindert wurden?
94. Abgeordneter
Dr. Hackel
(CDU/CSU) In welchem Umfang wird die Deutsche Bundesbahn durch ihre Beteiligungen am TUI-Reisekonzern von dem Konkurs des Reiseunternehmens kurz vor den Berliner Sommerferien profitieren?
95. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Wie hat sich die Anlegequote für Sicherheitsgurte in der Bundesrepublik Deutschland auf Autobahnen, auf Landstraßen und im Innerortsverkehr seit der Einführung der Anschnallpflicht entwickelt, und um wieviel ist die Anlegequote seit der Ankündigung von Bundesverkehrsminister Dr. Dollinger gesunken, auf ein Verwarnungsgeld für das Nichtanlegen von Sicherheitsgurten endgültig zu verzichten?
96. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Mit wie vielen Verkehrstoten weniger ist nach Auffassung des Bundesverkehrsministers zu rechnen, wenn die Anlegequote um 1 v. H. ansteigt, und mit wieviel weniger Verkehrstoten wäre demnach zu rechnen, wenn sich innerorts und außerorts sämtliche Autofahrer anschnallen würden?
97. Abgeordneter
Pauli
(SPD) Wie wird die Frage eines Verwarnungsgelds für das Nichtanlegen von Sicherheitsgurten von Verkehrssicherheitsexperten, wie z. B. der Bundesanstalt für Straßenwesen oder den Verkehrssicherheitsorganisationen Deutscher Verkehrssicherheitsrat und Deutsche Verkehrswacht, beurteilt, und wurden diese Experten vor der Entscheidung des Bundesministers konsultiert?
98. Abgeordneter
Buckpesch
(SPD) Welche Ergebnisse liegen dem Bundesverkehrsminister über das Anschnallverhalten in der Schweiz und in Norwegen vor, und kann er mitteilen, wie sich die Gurtanlegequoten in diesen beiden Ländern bei Bestehen und Nichtbestehen einer sanktionsbewehrten Anschnallpflicht entwickelt haben?
99. Abgeordneter
Curdt
(SPD) Liegt nach Auffassung des Bundesverkehrsministers die Pflicht und Verantwortung zum Anlegen des Sicherheitsgurts lediglich aus eigenem Interesse in der Eigenverantwortung des Autofahrers, oder sieht der Bundesverkehrsminister bei Autofahrern, die sich nicht angeschnallt haben, auch ein Durchbrechen der Solidargemeinschaft?
100. Abgeordneter
Curdt
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob ein verunglückter und während des Unfalls nicht angeschnallter Autofahrer mit zivilrechtlichen Nachteilen bei der Abwicklung der Unfallschäden durch beispielsweise verweigerte Lohnfortzahlung oder Übernahme eines Teilschadens zu rechnen hat, und welche Begründung wird hierbei gegebenenfalls angeführt?

101. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Welche Aufklärungskampagnen von Bundesregierung und Verkehrssicherheitsorganisationen, die aus Bundesmitteln bezuschußt werden, hat es in den letzten zehn Jahren mit dem Ziel einer Anhebung der Anlegequote gegeben, und wie hoch waren die Kosten für die jeweiligen Kampagnen?
102. Abgeordneter
Ibrügger
(SPD) Wie gedenkt der Bundesverkehrsminister die Aufklärungsarbeit gegenüber früheren Jahren zu ändern, um einen entscheidenden Anstieg der Gurtanlegequote zu erreichen, und welche Kosten werden hierfür veranschlagt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

103. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Lerninhalte über Breitbandkabeleinrichtungen im Rahmen der Berufsausbildung zum Fernmeldehandwerker nicht vorgesehen sind, und daß deshalb die Deutsche Bundespost ihre Lehrwerkstätten mit Sachmitteln für eine Ausbildung im Breitbandkabelbereich nicht ausstattet?
104. Abgeordneter
Broll
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das Ausbildungsprofil des Fernmeldehandwerkers den modernen Erfordernissen gerade auch angesichts der technischen Vorhaben der Deutschen Bundespost anzupassen?
105. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU) Welche Notwendigkeit bestand für die Neufassung verbindlicher „Vorschriften über die Dienstkleidung bei der Deutschen Bundespost (DKIVo)“, und welche Vorkehrungen sind dafür getroffen, „das Tragen der Dienstkleidung . . . zu überwachen“?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

106. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes folgende Form annimmt: Auf Grund des § 5 Abs. 2 und 4 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 1979 (GV. NW. S. 964), sowie des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes, insoweit nach Anhörung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen des Landtages, des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 80), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Oktober 1978 (BGBl. I S. 1645), des § 2 Abs. 3, § 25a Satz 3, § 46 Abs. 2 und 4, § 80 Abs. 3, § 147 Abs. 3, § 155 Abs. 1 und § 173 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949), und § 103 Abs. 3 Satz 4 der Landesbauordnung (BauO NW) vom 27. Januar 1970 (GV. NW. S. 122), in Verbindung mit § 9 Abs. 4 BBauG wird verordnet, und wenn ja, glaubt die Bundesregierung, daß dieser Entwurf noch unter dem Begriff „bürgerfreundlich“ zu fassen ist?

107. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die juristischen Verklausulierungen dahin gehend zu vereinfachen oder zu ändern, daß sie auch Nicht-Juristen verständlich sind, und wenn ja, welche Schritte zu einer Vereinfachung gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

108. Abgeordneter
Hecker
(DIE GRÜNEN) Welche Informationen hat die Bundesregierung über eine eventuelle Forschungs- und/oder Entwicklungstätigkeit der Nukem Incorporated mit Sitz in Whiteplains, N. Y., die am 1. August 1982 mit einer Beteiligung der Nukem, Hanau, von 51 v. H. und der Transnuclear Incorporated von 49 v. H. gegründet wurde, und kann die Bundesregierung ausschließen, daß im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in dieser Firma und in den Hanauer Nuklearbetrieben, die im Auftrag ausländischer Firmen oder Institutionen durchgeführt wurden, werden oder geplant sind, Ergebnisse erzielt bzw. beabsichtigt wurden bzw. werden, die für die militärische Verwendung von Spaltmaterial anwendbar sind?
109. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Was unternimmt die Bundesregierung, um die Entwicklung und den Einsatz quecksilberfreier Batterien zu forcieren?
110. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Will die Bundesregierung die Zahl der Mitarbeiter beim Projektträger „Humanisierung des Arbeitslebens“, wie dessen Betriebsratsvorsitzender auf einer Pressekonferenz am 17. Mai 1983 festgestellt hat, erheblich vermindern, und wird der Bundesforschungsminister hierüber eine Entscheidung treffen?
111. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung die Durchführung des Programms „Humanisierung des Arbeitslebens“ künftig zu organisieren, und welche Folgen zieht sie daraus für den Projektträger?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

112. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß wissenschaftliche Nachwuchskräfte an den Hochschulen Nordrhein-Westfalens heute gegenüber früher kaum noch Chancen haben, eine berufliche Lebensstellung innerhalb der Universitäten zu finden, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus bejahendenfalls auf mittlere Sicht für die Qualität des Forschernachwuchses und den Bestand einer wissenschaftlichen Elite auch im internationalen Vergleich an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland?

113. Abgeordneter
Neuhausen
(FDP)
- Sind der Bundesregierung Anzeichen dafür bekannt, (Trendmeldungen, Umfrageergebnisse, wissenschaftliche Untersuchungen), die darauf hindeuten könnten, daß die Einschränkungen bei der Ausbildungsförderung für Schüler, Berufsschüler und Zweiter Bildungsweg bzw. die Umstellung der Studentenförderung auf Volldarlehen (Haushaltsbegleitgesetz 1983, 2. Haushaltsstrukturgesetz, Auslaufen des 5. BAföG-Änderungsgesetzes) zu nicht unerheblichen Abdrängungseffekten auf den überlasteten Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt führen könnten?
114. Abgeordneter
Neuhausen
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß aktuelle Anzeichen für mögliche „Abdrängungseffekte“, durch die BAföG-Änderungen, die sich weniger durch Abbrecherquoten als durch Nichtaufnahme einer ursprünglich geplanten Ausbildung manifestieren könnten, sehr sorgfältig beobachtet werden müssen, und daß auch deshalb die in der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 16. Dezember 1982 vorgesehene Überprüfung und Korrektur umgehend erfolgen sollte?
115. Abgeordneter
Dr. Göhner
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, Initiativen wie die der Handwerkskammer Dortmund – Lünen zu unterstützen und zu wecken, um im Rahmen überbetrieblicher Lehrlingsausbildung die vollständige betriebliche Ausbildung durchzuführen, wie sie in Dortmund in einer ehemaligen, in Konkurs gefallenen Kleiderfabrik Presseberichten zufolge durch die Handwerkskammer durchgeführt wird, und stehen für derartige Projekte Finanzhilfen des Bundes oder der Länder zur Verfügung?
116. Abgeordneter
Kohn
(FDP)
- Welche konkreten Entscheidungen der Länder zur Fortsetzung der individuellen Ausbildungsförderung oder zur Einführung einer sogenannten Schülerbegabtenförderung sind der Bundesregierung gegenwärtig bekannt, und unterscheiden sich die verschiedenen Modelle?
117. Abgeordneter
Kohn
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der gegenwärtige Stand der Länderinitiativen nicht sicherstellt, „daß Familien mit nicht ausreichendem Einkommen bundeseinheitlich die notwendige Förderung erhalten, damit ihre Kinder den ihrer Begabung entsprechenden Schulabschluß erreichen können“ (Entschließung des Deutschen Bundestages vom 16. Dezember 1982, Drucksache 9/2283), und daß es deshalb bildungs- und sozialpolitisch wünschenswert wäre, wenn die in der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 16. Dezember 1982 geforderte und angekündigte Überprüfung und Neuordnung der individuellen Ausbildungsförderung für Schüler und Studenten umgehend bundesgesetzlich erfolgen könnte, um auch den Zusammenhang mit dem auf Bundesebene zu regelnden Familienlastenausgleich zu erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

118. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Gründe für die Annahme, daß die amerikanische Politik Nicaragua in die Arme der Sowjets und der Kubaner treiben wird, weil sie — wie das konservative Mitglied des britischen Unterhauses, M. Wolfson, meint — in der Wahl ihrer Freunde keine Alternative hätten, und welche Schlußfolgerung zieht sie gegebenenfalls politisch; damit diese Befürchtung sich nicht bewahrheitet?
119. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung angesichts des Überfalls auf die Fähre „Gröpel“ und der Verletzung von drei deutschen Journalisten, die zahlreichen und wachsenden privaten Entwicklungshilfemaßnahmen, insbesondere kirchlicher und gewerkschaftlicher Gruppen, in Nicaragua sowie die dortigen Entwicklungshelfer besser zu schützen?
120. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den weiteren beunruhigenden Rückgang der Zahl der Ausreisegenehmigungen für Deutsche aus der Sowjetunion, der in den jüngsten amtlichen Zahlen zum Ausdruck kommt, und welche Schritte wird sie — insbesondere beim bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers in Moskau — unternehmen, um die sowjetische Regierung zur Einhaltung eingegangener Verpflichtungen zu bewegen?
121. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist bei den jüngsten deutsch-rumänischen Verhandlungen erreicht worden, daß die Prozedur der Ausreise — die großen Formulare — erleichtert wird und Entlassungen aus Gründen der Antragstellung in Zukunft entfallen?
122. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben das Auswärtige Amt bewogen, im Rahmen seiner Grundsätze für die Förderung von Sportbegegnungen mit osteuropäischen Ländern bei Funktionärsbesuchen des Deutschen Sportbunds auch Taschengelder zu bewilligen, diese aber den Sportlern zu versagen?
123. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Hält es das Auswärtige Amt für angemessen, für Funktionärstreffen von vornherein jährlich 10 v. H. der insgesamt für die Förderung von Sportbeziehungen mit osteuropäischen Ländern zur Verfügung stehenden Mittel zu reservieren, und wie erklärt sich, daß Sportlern ein Tagessatz von 130 DM bewilligt wird, für Funktionäre aber ein solcher von 200 DM vorgesehen ist?
124. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Inwiefern steht die Aussage des Bundeswirtschaftsministers vom 8. Juni 1983 (Frage 7), daß die Bundesbürgschaften an RGW-Staatshandelsländer „grundsätzlich unter wirtschaftlichen, insbesondere unter Risikogesichtspunkten gehandhabt“ werden, in teilweisem Gegensatz zur Verpflichtung des Bonner NATO-Gipfels vom 10. Juni 1982, bekräftigt am 10. Dezember 1982, die Wirtschaftsbeziehungen zu diesen Ländern seien auch „den politischen Interessen der NATO gemäß zu handhaben“ (Ziff. 5 f.),

im Gegensatz zu der darauf sich berufenden Antwort von Staatsminister Möllemann vom 7. April 1983, daß die Beachtung der verbindlichen „weitgespannten Sicherheitsinteressen“ „auch den Lebensverhältnissen der Menschen in Osteuropa zugute kommt“ und zur Williamsburger Erklärung, daß diese Beziehungen mit den „Sicherheitsinteressen vereinbar sein müssen“?

125. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)

Auf welche Weise ist die Gegenseitigkeit beim Neubau der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau gewährleistet, wenn es zutreffen sollte, was die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 18. Mai 1983 schreibt, daß die deutschen Diplomaten hoffen, noch in diesem Jahrzehnt das Richtfest an der Moskwa feiern zu können?

126. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)

Warum wurde die Zweckbestimmung der Haushaltsmittel für Sportförderungsmaßnahmen im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik im Haushalt des Auswärtigen Amtes für 1983 (Erläuterungen Nummer 3 zu Kap. 05 04 Tit. 686 17) gegenüber der Zweckbestimmung in den Vorjahren geändert, und beabsichtigt das Auswärtige Amt, mit dieser Änderung seinen bisherigen Förderungsrahmen auszuweiten und künftig auch solche Maßnahmen zu fördern, für die bislang BMZ und BMI zuständig waren?

127. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU)

Bedeutet der im Haushalt des Auswärtigen Amtes für 1983 erstmals fehlende Hinweis auf den Interministeriellen Ausschuß, daß künftig auf die einvernehmliche Entscheidung vom Auswärtigen Amt, Bundesminister des Innern, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Deutschem Sportbund und Nationalem Olympischen Komitee für Deutschland in diesem seit 1971 bestehenden Ausschuß verzichtet werden soll?

Bonn, den 10. Juni 1983